



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde
am 12.09.2018, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde vom 13.06.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Auswertung FinE
 - 7.2. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 10.1. Vorlage: BV/0621/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung,
Jugend und Sport
2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung
der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)
- 10.2. Vorlage: BV/0738/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
2. Nachtragshaushaltssatzung 2017 / 2018
- 10.3. Vorlage: BV/0724/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Bibliothek als
Satzung der Stadt Eberswalde
- 10.4. Vorlage: BV/0737/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 15 - Bürgeramt
Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Stu-
dierende
- 10.5. Vorlage: BV/0727/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung,
Jugend und Sport
Abschluss eines Mietvertrages - Anmietung von Räumen für die Grundschule
Schwärzesees im Brandenburgischen Viertel
- 10.6. Vorlage: BV/0735/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung - Gedenkstein für das jüdische Ehepaar Landmann
- 10.7. Vorlage: BV/0754/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 02.21 – Referent für soziale
Teilhabe und Integration
Förderung des Arbeitslosenservices Eberswalde
- 10.8. Vorlage: BV/0750/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 02.21 – Referent für soziale
Teilhabe und Integration
Förderung zum Erhalt der Tafel Eberswalde

10.9. Vorlage: BV/0751/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: Bürgermeisterbereich
Mitgliedschaft im Integrationsnetzwerk Barnim

10.10. Vorlage: BV/0753/2018 Einreicher/
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion
Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Landmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 15. Sitzung.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Landmann stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde vom 13.06.2018

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Landmann informiert, dass in der Tagesordnung ein Fehler unterlaufen ist. Unter dem TOP 10.10. wurde als Einreicher nur die Fraktion DIE SPD-Fraktion genannt. Miteinreicher ist aber die Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde; bittet dies zu berücksichtigen.

Sagt weiter, dass die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag zur BV/0737/2018 „Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende“ eingereicht hat und darüber unter dem entsprechenden TOP gesprochen und abgestimmt wird.

Herr Landmann lässt zur Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Landmann informiert:

In Abstimmung mit Herrn Prof. Dr. König wird im nächsten Jahr kein Arbeitsplan - wie in der bisherigen Form - mehr vorgelegt, da noch einige Themen aus dem laufenden Jahr offen sind. Diese werden aber bis Mai abgearbeitet. Er bittet die Fraktionen Themen, die noch zusätzlich und aktuell behandelt werden sollen, bis Oktober der Verwaltung zuzuarbeiten.

Sagt weiter, dass Frau Köstler von der Akademie 2. Lebenshälfte in der letzten Sitzung das Angebot an die Stadtverordneten herangetragen hat, in alle Fraktionen zu gehen und über die Probleme der Akademie 2. Lebenshälfte zu diskutieren. Im nächsten Monat soll das Thema noch einmal auf die Tagesordnung kommen. Nach Rückmeldung aus den Fraktionen wird die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereiten.

Merkt an, dass er gerne die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag auf der Tagesordnung gehabt hätte.

Berichtet von der „Fête de la Viertel“, die am vergangenen Wochenende im Brandenburgischen Viertel stattgefunden hat und u. a. auch in der Presse ein sehr positives Feedback hatte. Bedankt sich bei den Organisatoren, dem Quartiersmanagement und der Verwaltung.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Prof. Dr. König:

Bedankt sich ebenfalls bei allen Organisatoren des Festes und verspricht auf Grund des positiven Feedbacks, dass im Brandenburgischen Viertel in regelmäßigen Abständen ähnliche Feste stattfinden werden, z. B. Weihnachtsmarkt oder Frühlingsfest. Dabei arbeitet die Verwaltung vor Ort eng mit dem Quartiersmanagement und den Trägern und Vereinen zusammen.

Stellt den neuen Referenten für soziale Teilhabe und Integration, Herrn Bastian Konaretzki, vor.

TOP 7.1

Auswertung FinE

Herr Dr. Neubacher:

Wertet an Hand einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 2**) das FinE aus und geht dabei besonders auf Organisation, Kosten, Wahl der Standorte, Marketing und Besucherzahlen ein.

Beleuchtet auch kritische Punkte, wie den Jugendbereich, der nicht so gut funktioniert hat oder einzelne Aussteller (Händler), die zu früh eingepackt haben, obwohl die Verträge so gefasst

waren, dass bis 19:00 Uhr geöffnet sein sollte. Sagt abschließend, dass die Mitarbeiter des Kulturamtes sich demnächst mit anderen Städten wie Bad Freienwalde austauschen wollen, um deren Erfahrungen einfließen zu lassen.

Herr Prof. Dr. König:

Geht noch einmal auf den Jugendbereich ein und ergänzt, warum es dort zu Problemen gekommen ist. Sichert zu, dass die Verwaltung bestrebt ist, ein Konzept für ein breiteres Kulturspektrum zu erarbeiten und dabei auch die Erfahrungen aus der Region aufgreift.

Herr Landmann:

Bedankt sich für die Informationen und spricht sich positiv dafür aus, dass sich die Verwaltung kritisch mit den Anregungen aus den Fraktionen auseinandergesetzt hat. Regt an, dass die Fraktionen in der nächsten Zeit ihre Ideen zum FinE an die Verwaltung herantragen sollten und spätestens im Februar oder März darüber im Ausschuss diskutiert werden sollte.

Herr Zinn:

Merkt an, dass die Kosten in Höhe von 84.000 € für das FinE ja ziemlich hoch sind und möchte in Bezug auf die anstehende Haushaltsdebatte wissen, ob das nächste FinE ebenfalls so hoch angesetzt wird und ob alle Kulturakteure einbezogen werden oder nur wieder eine bestimmte „Kulturelite“ die Entscheidungen trifft. Fragt, wie die Regelung sein wird, wenn der jetzige Kulturamtsleiter die Stadt Eberswalde verlässt.

Herr Prof. Dr. König:

Bedauert den Weggang von Herrn Dr. Neubacher, betont aber, dass die Stellenausschreibung in den nächsten Tagen an die Presse rausgehen wird. Bis zur Neubesetzung der Stelle wird er sich verstärkt selbst um die Kulturangelegenheiten kümmern.

Geht noch einmal auf die Kritikpunkte zum FinE ein und sichert zu, dass alle Kritiken von der Bevölkerung auf Facebook und anderen Medien aufgenommen und ausgewertet werden.

Sagt weiter, dass der Ansatz für das FinE im Haushalt höher sein wird, weil die Spannbreite erweitert werden soll, z. B. mit „Sound City“. Schlägt vor, dass im Februar das FinE-Programm im Ausschuss vorgestellt wird.

Herr Neumann:

Möchte wissen, ob die Anregungen aus dem Positionspapier der Bürgerfraktion Eberswalde zum FinE eingeflossen sind.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet darauf, dass die Anregungen überprüft wurden und zum Teil aufgenommen wurden.

Herr Stegemann:

Merkt an, dass die Stadt Bad Freienwalde ein sehr schönes Fest über 3 Tage veranstaltet und seine Fraktion sich mit dem Kulturamt in Bad Freienwalde austauschen wird, um die Erfahrun-

gen in das FinE einfließen zu lassen.

Herr Ortel:

Spricht sich für die Meinung einiger Eberswalder aus, die es bedauerlich finden, dass der Finowkanal nicht mit einbezogen wurde. Bittet darum, gerade im Hinblick auf die vielen politischen Diskussionen zum Thema Finowkanal diesen auch zukünftig mit einzubeziehen.

Frau Schostan:

Hält den Eingangsbereich zum FinE nicht für besonders gelungen und meint, dass in den vergangenen Jahren der Eingang in der Friedrich-Ebert-Straße prägnanter war. Findet, dass der Marktplatz anders bespielt werden sollte, mehr mit Bühnencharakter und die Sparkasse mit ihrem Kinderprogramm sollte etwas dichter heranrutschen. Spricht als positives Beispiel die Stadt Prenzlau an, die auch ein Stadtfest über 3 Tage feiert und die Kosten sich dafür insgesamt auf 30.000 € belaufen. Sagt weiter, dass man sich Gedanken machen sollte, ob die Eberswalder Händler mit einbezogen werden sollen oder ob das FinE künftig ein reines Kulturfest sein soll. Spricht über ihre eigenen negativen Erfahrungen der letzten Jahre als Händlerin. In diesem Jahr hatte sie einen Grillstand vor ihrer Ladentür und an ihrem linken Fenster waren Händler, weil Frau Stöwe der Meinung war, dass das vor dieser Fassade viel schöner aussieht. Regt an, zu überdenken, ob die Händlerschaft mit ins Boot genommen werden sollte. Meint, wenn die Händler ihre Geschäfte geöffnet haben und mit Ständen nach draußen gehen, spart man Ausgaben, die für das Kulturprogramm genutzt werden könnten.

Herr Landmann:

Nimmt die Anregung - ob es ein reines Kulturfest sein soll oder die Händler mit einbezogen werden - auf und sichert zu, dies bei der Planung zu berücksichtigen.

Frau Dr. Pischel:

Bemängelt, dass viele Dinge nicht ausführlich diskutiert werden können und dies ein Defizit an demokratischer Mitwirkung sei. Hebt aber hervor, dass die Stadt Eberswalde viele gute kulturelle Höhepunkte hat, die auch bei der Bevölkerung positiven Anklang finden. Meint, dass das FinE kein religiöses Fest ist und aus diesem Grund auch nicht mit einem ökumenischen Gottesdienst eröffnet werden sollte und auch die Bühne in der Nähe der Kirche weckt den Eindruck eines religiösen Status. Meint aber insgesamt, dass man nicht allzu kritisch herangehen sollte, da die Gestaltung des FinE insgesamt auf einem guten Weg ist.

Frau Schostan:

Bittet um Erklärung, da in einem der letzten Ausschüsse davon die Rede war, entweder um 5.000 € zu erhöhen oder beim Marketing bzw. am Jugendprogramm zu sparen.

Herr Prof. Dr. König:

Stellt richtig, dass die Diskussion dahin ging nicht am Jugendprogramm zu sparen, sondern etwas beim Marketing zu streichen aber auch am Inhalt. Die Verwaltung hätte dann die Bühne

im Innenhof des Paul-Wunderlich-Hauses gestrichen.

TOP 7.2

Sonstige Informationen

Herr Prof. Dr. König informiert:

Die Beantwortung der Fragen zur Personalausstattung von Frau Kersten im letzten Ausschuss vor der Sommerpause liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Prof. Dr. König erläutert den Unterschied zwischen dem notwendigen (vom Gesetzgeber vorgeschriebenen) und dem tatsächlichen Personal (welches sich durch das Angebot errechnet, z. B. längere Öffnungszeiten, mehr Betreuungspersonal für die Waldgruppe oder die Begleitung der Hortkinder zur Eisenbahnstraße 100).

Geht auf die von der Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde per Mail an die Verwaltung gerichteten Fragen wie folgt ein (wird als **Anlage 3** der Niederschrift beigelegt):

Zur Frage 1:

Herr Prof. Dr. König hat diesbezüglich das staatliche Schulamt vor 4 Wochen angeschrieben und bisher keine Reaktion erhalten. Auch mit den Schulräten oder den Sekretariaten selbst ist kein telefonischer Kontakt zustande gekommen. Somit kann die Frage heute leider nicht beantwortet werden.

Zur Frage 2:

Zum aktuellen Auslastungsgrad wird Frau Bessel im Anschluss Auskunft geben.

Um das Defizit an Kita- und Hortkapazitäten abzubauen, hat die Verwaltung eine eigene Bedarfsanalyse getrennt nach Ortsteilen aufgestellt und dabei besondere Prioritäten im Brandenburgischen Viertel gesetzt, weil dort der Bedarf am Größten ist, vor allem im Bereich der bis 3-Jährigen. Die Vorstellungen gehen dahin, den Gestiefelter Kater auszubauen, die Hortkinder dort und gleichzeitig aus dem Hort Kinderinsel der Grundschule herauszunehmen, wodurch auch eine Erhöhung der Schulkapazitäten gewährleistet wäre. Gespräche mit der WBG laufen derzeit dahingehend, die Hortkinder in der Havellandstraße 15 unterzubringen. Somit wäre der Defizitabbau im Ortsteil Brandenburgisches Viertel geklärt, zudem würden bestehende Gebäude genutzt werden und die Belebung des Potsdamer Platzes würde davon profitieren. Die freien Träger haben verstärkt Pläne in den Stadtteilen Ostende und Stadtmitte.

Zur Frage 3:

Zum Thema Boxverein informiert Frau Bessel im Anschluss.

Zur Frage 4:

Sagt, dass die Novellierung der Besucher- und Nutzerordnung der Bibliothek als Beschlussvorlage vorliegt.

Zur Frage 5:

Betont, dass das Ehrenamt gerade in Bezug auf die Akademie 2. Lebenshälfte einen Wert darstellt und die Stadtverordneten eindeutig darlegen sollten, wieviel ihnen die Unterstützung wert ist. Empfiehlt, den Dialog im Blick auf Seniorenarbeit, Jugendarbeit, Sport etc. offen miteinander und gemeinsam mit der Verwaltung zu führen.

Zur Frage 6:

Zum Stand der Bauarbeiten der Waldsportanlage wird ebenfalls Frau Bessel informieren.

Zur Frage 7:

Herr Bastian Konaretzki wird sich gleich persönlich vorstellen.

Zur Frage 8:

Auf die Ausschreibung der Stelle Integrationsmanager sind 31 Bewerbungen eingegangen, davon sind 10 eingeladen worden und ab kommenden Freitag beginnen die Vorstellungsgespräche. Bei der ILB wurde eine Änderung des Anfangszeitraumes beantragt, so dass möglicherweise zum 01.11.2018 die Stelle besetzt sein kann, wenn unter den Bewerbern eine geeignete Person dabei ist und ab diesen Zeitraum beginnt dann auch erst die 3-Jahres-Förderung.

Zur Frage 9:

Zur Evaluierung der Schulsozialarbeit hat sich die Verwaltung mit Herrn Landmann dahingehend geeinigt, auf Grund der umfangreichen Tagesordnung des heutigen Ausschusses das Thema in den Oktober zu verschieben. Sichert zu, den Stadtverordneten mit den Unterlagen für die Oktobersitzung auch eine Präsentation zu diesem Thema zuzusenden.

Zur Frage 10:

Die Kitagebührensatzung liegt heute als Beschlussvorlage vor.

Zur Frage 11:

Das Integrations- und Begleitkonzept sieht eine Weiterentwicklung als Diversitykonzept vor, konnte jedoch auf Grund der nicht besetzten Stelle noch nicht erarbeitet werden. Ziel war die Gewinnung von Fördermitteln und die Fertigstellung bis Ende 2018. Da bisher noch keine Fördermittel gewonnen werden konnten, wurden Mittel für den Haushalt 2019 eingestellt.

Herr Konaretzki wird diese Aufgabe wahrnehmen, aber dann erst im Jahr 2019.

Zur Frage 12:

Die Themen zur Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, zur Freiwilligenagentur etc. werden im Dezember auf die Tagesordnung gesetzt und dafür wird Herr Kai Jahns eingeladen, um über diese Tätigkeit zu berichten.

Zur Frage 13:

Über das Thema Umsetzung des kreislichen Teilhabeplanes zur Integration von Menschen mit Behinderung wird im November oder Dezember im Ausschuss informiert.

Zur Frage 14:

Das Thema FinE wurde bereits unter dem TOP 7.1. behandelt.

Herr Zinn:

Zeigt sich erstaunt über die Aussage, dass man in die Havellandstraße 15 gehen will, weil es sich im Vorgespräch mit den beiden Vorständen nicht so dargestellt hat und möchte wissen, welcher Bereich der Havellandstraße 15 gemeint ist.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet, dass bisher nur interne Planungen erfolgt sind und man jetzt gemeinsam mit den Planern in die Feinheiten gehen wird, wo es um die Kapazitäten, Aufwand und Kosten, aber

auch um die Zeitdauer geht. Aus diesem Grund gab es auch keine öffentlichen Meldungen, da erst alle Partner sich zu dem Weg bekennen sollten.

Informiert zum Thema ständige Vertreter in den Kitas, dass in den 4 großen Einrichtungen jeweils eine Vertreterstelle geschaffen wird, das sind die Einrichtungen „Gestiefelter Kater“, „Sonnenschein“, „Pustelblume“ und „Kinderparadies Nordend“. Dazu wird von 4 der jetzigen Erzieherstellen, der Erzieheranteil reduziert und durch einen Leitungsanteil ersetzt. Dadurch fehlen insgesamt ca. 2 Erzieherstellen, die aber neu besetzt werden.

Frau Schostan:

Möchte wissen, was mit den kleineren Einrichtungen ist und wie das mit den beiden Erzieherstellen gemeint ist, ob die dann routieren.

Herr Prof. Dr. König:

Meint, dass das mit den Stunden aufgefangen werden kann, da manche Erzieher nur 32 Stunden arbeiten.

Herr Landmann:

Fasst abschließend zusammen, dass die Verwaltung die Organisation gewährleisten muss.

Frau Bessel:

Beantwortet die Frage Nr. 2 von Herrn Zinn zum aktuellen Auslastungsgrad dahingehend, dass sie nur über die städtischen Einrichtungen sprechen kann. Demnach ist per 01.09.2018 eine Auslastung der Kita- und Hortkapazitäten von 93 % zu verzeichnen. Diese Zahl wird sich voraussichtlich zum 01. Dezember noch erhöhen, weil täglich neue Anträge dazu kommen und auch Eingewöhnungen stattfinden bzw. Bescheide zu späteren Zeitpunkten erteilt wurden. Somit beläuft sich die Zahl der offenen Anträge, die noch nicht beschieden sind, zum 01.09.2018 auf 185. Weist auf die Ausführungen von Prof. Dr. König hin, der bereits Ideen vorgestellt hat, wie diese benötigten Plätze geschaffen werden.

Informiert über ein Projekt, welches im Brandenburgischen Viertel mit den Kooperationspartnern Buckow e. V., Berufsbildungsverein und der Stadt Eberswalde ab kommenden Montag startet. Hierbei gibt es ein Angebot zur Hausaufgabenbetreuung der 1. Klassen und zwar jeden Tag nach Schulende und freitags gibt es Leseangebote.

Sagt weiter, dass für die Kita „Arche Noah“ ein Fördermittelbescheid für den Badumbau eingegangen ist und damit die letzten Arbeiten im Sanitärbereich abgeschlossen werden können. Zum Spielplatz Ostende sagt sie, dass der Planer den Auftrag erhalten hat und die Stadtverordneten darüber auf dem Laufenden gehalten werden.

Die 1. Jugenddisco wurde am 25.08.2018 im STINO durchgeführt und war ein voller Erfolg.

Die nächste Disco wird am 22.09.2018 zum Thema Oktoberfest stattfinden.

Die öffentliche Ausschreibung zur Durchführung einer Disco wird Ende September erfolgen.

Bereich Sport:

Erste Gespräche für die Unterbringung der Boxer fanden bereits im Juli statt. Vereine wie der SV Kraft oder das Colosseum haben zunächst Interesse gezeigt. Es fand sich aber noch kein

gemeinsamer Konsens zu den Örtlichkeiten, da auf Grund der Urlaubszeit noch nicht alle Gespräche geführt werden konnten.

Für das Projekt Waldsportanlage erfolgte am 10. September der Spatenstich zum Bau des Funktionsgebäudes. Folgende Lose wurden bisher vergeben: Los 1 – erweiterter Rohbau, Los 2 – Gerüstbau, Los 5 – Tischlerarbeiten, Los 13 – Heizung, Lüftung, Sanitär und der 1. BA der Außenanlage. Darüber hinaus sollen im Hauptausschuss am 20.09.2018 noch Dachdeckerarbeiten, Fassade, Trockenbau und Elektroinstallation und im Hauptausschuss am 18.10.2018 Fliesen- und Plattenbauarbeiten, Maler- und Bodenlegearbeiten vergeben werden. Beginn der Außenarbeiten war der 03.09.2018, wo mit Rodungsarbeiten begonnen wurde und die Einrichtung der Baustelle. Der 1. Bauabschnitt beinhaltet die 400-m-Bahn, die Weitsprung- und die Kugelstoßanlage, das Multifunktionsfeld, Wege zum Multifunktionsgebäude und die Einzäunung.

Herr Landmann:

Bedankt sich für die vielen Informationen und meint, dass man im Bauausschuss mehr in die Tiefe gehen kann.

Frau Schostan:

Möchte genauere Informationen/Zahlen über die von Herrn Prof. Dr. König angesprochenen Veränderungen im Hort und die damit verbundene Schaffung von Kitaplätzen.

Herr Prof. Dr. König:

Sagt, dass es sich um 45 Plätze aus dem Hort „Gestiefelter Kater“ und 60 Plätze aus dem Hort „Kinderinsel“ handelt. Das bedeutet, dass mindestens 40 Kitaplätze in der Einrichtung „Gestiefelter Kater“ geschaffen werden und man u. U. auch in der Kita „Pustelblume“ noch zusätzlich Plätze schaffen könnte. Oberste Priorität haben Krippen- und Hortplätze.

Herr Prof. Creutziger:

Spricht sich positiv zur Funktionalität des offenen WLANs aus. Hat aber festgestellt, dass auf der Stadtseite unter der Kategorie „Aktuelles“ kein Datum angegeben ist. Fragt, ob das so gewollt ist; erwartet heute keine Antwort dazu.

Herr Landmann:

Gibt die Frage mit in die Verwaltung.

Herr Konaretzki:

Stellt sich kurz vor und berichtet über seinen bisherigen beruflichen Werdegang. Sagt weiter, dass die Überarbeitung der Förderrichtlinie sowie des Eberswalde-Passes und die Fortführung des Integrationskonzeptes vordergründig auf seiner Agenda stehen und damit verbunden auch die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es gibt keine Informationsvorlagen

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Stegemann:

Möchte Informationen zum Stand Umzug des Museumsdepots.

Herr Dr. Neubacher:

Informiert, dass gegenwärtig die Vorbereitungen für die Umzugsarbeiten laufen, erste Güter werden noch in diesem Jahr im neuen Depot untergebracht. Es erfolgen noch Abstimmungen mit dem Hochbauamt zum Thema Sicherheit.

Herr Neumann:

Informiert aus dem Sprecherrat, dass im August Mittel für ein Projekt bewilligt wurden, welches „Nachbarschaftstreff“ heißt. Dieses Projekt soll Menschen mit Migrationshintergrund zusammenführen, damit sie sich und ihre Kulturen besser kennen- und verstehen lernen. Träger sind die soziale Stadt im Brandenburgischen Viertel, die Bildungseinrichtung Buckow e. V., das Dietrich-Bonhoeffer-Haus und die Koordinatorin für Geflüchtetenarbeit im Landkreis Barnim. Bis zum Dezember finden regelmäßig einmal im Monat Treffen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus statt.

Herr Zinn:

Berichtet über die Fete de la Viertel, welche am 08.09.2018 im Brandenburgischen Viertel stattgefunden hat und ein voller Erfolg war, was auch die Presse so wiedergespiegelt hat. Kritisiert aber, dass einige Träger nicht vor Ort waren, wie das Eltern-Kind-Zentrum, die Kita „Arche Noah“, die Kita „Gestiefelter Kater“, beide Sportvereine, die AWO, die TAG AG und die WHG. Regt an, im nächsten Jahr ein Frühjahrsfest durchzuführen und für den Herbst ein Open-Air-Konzert einzuplanen.

Sagt weiter, dass der Familienwegweiser derzeit überarbeitet wird und fragt, ob das Format noch zeitgemäß ist. Bittet darum, dass vor der Veröffentlichung noch einmal Korrektur gelesen wird, da die alte Auflage sehr viele Fehler enthielt. Möchte den Familienwegweiser auch in mehreren Sprachen herausbringen lassen.

Spricht das Thema „soziale Mieten“ an, welches unbedingt im Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert werden sollte.

Erinnert an einen Brief an den Bürgermeister, indem es um eine Beschwerde zur Ruhestörung

in Ostend geht, der auch Thema in der Sondersitzung des Hauptausschusses am 19.07.2018 war. Zitiert. „Herr Bürgermeister kann sich vorstellen, dass dieses Thema im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport zur Diskussion gestellt wird.“ Merkt an, dass das Thema Ruhestörung in Eberswalde an mehreren Brennpunkten eine große Rolle spielt und schlägt vor, im Rahmen der Haushaltsdebatte gemeinsam mit der Jugendkoordinatorin zu prüfen, ob noch zusätzliches Personal als Streetworker einzuplanen wäre.

Herr Landmann:

Regt an, diesen Hinweis mit in die Fraktion zu nehmen und dort zu diskutieren.

Herr Buschbeck:

Möchte wissen, wer veranlasst hat, kurz vor dem Stadtlauf Splitt auf die Straße zu streuen.

Herr Prof. Dr. König:

Sagt, dass dies eine Maßnahme des Landesbetriebes für Straßenwesen ist und diese Sache nicht mit der Stadtverwaltung abgestimmt war. Die Verwaltung ist aber dran, damit der Splitt noch rechtzeitig vor dem Stadtlauf beseitigt wird.

Herr Schmiedel:

Informiert, dass er von einigen Eltern aus der Kita Spielhaus darauf hingewiesen wurde, dass an der Kita ein Graffiti an die Wand gesprüht ist und meint, dass dies unbedingt beseitigt werden muss, besonders im Hinblick auf die Neueröffnung nach der Schaffung von Kitaplätzen.

Herr Landmann:

Bedankt sich für den Hinweis.

Herr Hartmann:

Spricht über lange Wartezeiten an der Hubbrücke in der Coppistraße, da diese häufig nach dem Öffnen für längere Zeit oben bleibt und es somit zu langen Staus in beiden Richtungen kommt. Hinzu kommt, dass LKW über die Bordsteinkanten fahren und PKW auf der Straße wenden, wenn die Brücke ausfällt. Schlägt vor, auf jeder Seite an geeigneten Stellen Schautafeln aufzustellen, die über das Prozedere aufklären, d. h. Hub- und Schließzeiten sowie die Dauer der Öffnung, damit sich die Kraftfahrer darauf einstellen können.

Herr Landmann:

Nimmt den Hinweis auf, meint aber, dass dies eher ein Thema für den Bauausschuss wäre.

Herr Hartmann:

Entgegnet, dass das Aufstellen der Informationstafeln in den Bereich Kultur gehört.

Frau Schostan:

Möchte wissen, in Bezug auf die Richtlinie für das Begrüßungsgeld, was die Pakete für Neu-

bürger beinhalten. Weist darauf hin, dass die Absperrungen vom FinE immer noch auf dem Parkplatz liegen.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet, dass die Verwaltung den Auftrag an die Firma erteilen wird, dass die Absperrungen entfernt werden.

Informiert weiter, dass das Begrüßungspaket folgenden Inhalt hat: ein Begrüßungsschreiben des Bürgermeisters, Eberswalde-Aufkleber, einen Stoffbeutel, Informationsmaterial und ein Gutscheinheft mit vergünstigten Konditionen für einige städtische Einrichtungen bzw. Veranstaltungen.

Herr Wolff:

Wendet sich an Herrn Hartmann und begrüßt die Idee mit den Informationstafeln zur Verkehrsberuhigung; wird den Vorschlag mit in den Bauausschuss nehmen.

Frau Dr. Pischel:

Äußert sich sehr positiv zur Anmeldung von Neubürgern im Bürgeramt und dem damit verbundenen Begrüßungspaket und wird diesen positiven Eindruck auch noch in der Stadtverordnetenversammlung übermitteln.

Herr Roedel:

Trägt ein Problem aus dem Seniorenbeirat vor, in dem es darum geht, dass die Buslinie Südend - Finowfurt nicht die Haltestelle Finow Forsthaus anfährt und dadurch viele Senioren einen sehr weiten Fußweg in Kauf nehmen müssen.

Herr Prof. Dr. König:

Nimmt sich dieses Problems an und wird mit der Barnimer Busgesellschaft sprechen; wird im nächsten Ausschuss über das Ergebnis informieren.

Herr Prof. Dr. Creutziger:

Fragt, ob es in Bezug auf Gorzow auch Kontakte auf politischer Ebene gibt.

Herr Prof. Dr. König:

Sagt, dass es einen Austausch auf Verwaltungsebene zwischen den beiden Bibliotheken gab.

Herr Dr. Neubacher:

Erklärt, dass das Ziel sei, die Kontakte zu den Mitarbeitern und Nutzern beider Bibliotheken auszubauen und Erfahrungen auszutauschen.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS) BV/0621/2018

Herr Prof. Dr. König:

Bedankt sich bei allen Fraktionen, die es ermöglicht haben während der Sommerpause über die Kitagebührensatzung zu diskutieren.

Erklärt, dass die Verwaltung sich auf 2 Hinweise aus den Fraktionen konzentriert hat: Das war zum einen die Familienfreundlichkeit, die durch den Geschwisterrabatt von 20 % pro Kind verbessert wird und zum anderen eine bessere Sozialverträglichkeit, die mit der Erhöhung der Einkommensklassen von 4.020 € auf 5.060 € Haushaltseinkommen einherging. Dadurch konnte die Spanne zwischen 30 € Einstiegsbetrag bis zum Höchstbetrag ausgeweitet werden und somit kommt es zu einer Entlastung der bestehenden Gebührensatzung inklusive Essengeld. Erläutert weiter, dass das Essengeld jetzt nur für aus Mittagessen gezahlt werden muss und Frühstück sowie Vesper in der Gebühr enthalten sind. 10 % aller Anträge sind in dem Bereich über 4.020 €, so dass nur wenige Eltern von der Erhöhung betroffen sein werden. Betont aber, wenn dem Vorschlag so zugestimmt wird, wird der Stadthaushalt mit ca. 270.000 € pro Jahr zusätzlich belastet werden. Spricht auch den Vorschlag von Herrn Ortel an, die Berechnung mit 25 % anzustellen und legt die finanziellen Auswirkungen dar. Sagt weiter, dass ein Einstiegsatz für das letzte beitragsfreie Kitajahr lauten müsste: „Die gesetzlichen Bestimmungen für die Eltern zur Beitragsfreiheit nach § 17 a und b des 2. Gesetzes über die Ausführungen des VIII. Buches der Kinder- und Jugendhilfe des Kindertagesstättengesetzes bleiben unberührt.“

Informiert weiter, dass im vorliegenden Dokument ein kleiner Fehler unterlaufen ist. Das Bafög sollte beim Nettoeinkommen nicht mit angerechnet werden. Diese Korrekturen sowie der Einstiegsatz in Höhe von 30 € (was mit dem Landkreis so abgestimmt ist) werden in einer Austauschseite zur Stadtverordnetenversammlung dargelegt.

Frau Dr. Hoffmann:

Bedankt sich für die Ausführungen und die bisher geführten Diskussionen unter Einbeziehung der Hinweise u. a. auch der Elternvertretung. Spricht sich positiv für die neue Satzung aus, weil damit ein Zeichen zur familienfreundlichen Stadt gesetzt wird, obwohl der Haushalt stärker belastet wird.

Herr Schmiedel:

Spricht sich ebenfalls positiv über die gute Arbeit zur Kitagebührensatzung aus.

Fügt ergänzend hinzu, dass er persönlich Kontakt zur Ministerin für Bildung, Jugend und Sport aufgenommen hat. (Das Antwortschreiben wird als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt.)

Herr Zinn:

Fragt, ob die Kitas vorab über die Veränderungen informiert worden sind und geht kurz auf die Stadt Schwedt ein.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet darauf, dass die Kita-Leiterinnen bereits informiert sind, auch die freien Träger. Die Verwaltung hat auch versucht, die Hinweise des Kitaelternbeirates einfließen zu lassen und hofft nunmehr auf Verständnis für die Erhöhungen.

Frau Dr. Pischel:

Spricht sich für die Beitragsfreiheit aus, findet aber den Begriff „Entlastung“ sehr irreführend. Hat sich über die Bundestagsdiskussionen zum Haushalt informiert und versteht das System nicht, wenn der Staat Milliarden Überschüsse hat, warum die Eltern trotzdem noch Beiträge bezahlen müssen.

Herr Ortel:

Betont, dass es ein gut geführter Dialog ist, hätte aber gerne noch einen Geschwisterrabatt von 25 %, um ein Signal zu setzen und einen Anreiz zu schaffen für die Entscheidung zur Anschaffung eines 2. und 3. Kindes.

Herr Prof. Creutziger:

Fragt, ob es aus dem Text hervorgeht, dass bei der Feststellung des Beitrages alle Kinder mitzählen.

Herr Prof. Dr. König:

Betont, dass alle unterhalts- und sorgeberechtigten Kinder als Grundlage hinzugezogen werden, aber das war schon immer so.

Herr Wolff:

Spricht sich im Namen seiner Fraktion positiv aus, möchte aber wissen, ob die Überhangstellen umlagefähig sind und empfiehlt, die Betriebskosten im Auge zu behalten, um die stark verbesserte Satzung nicht aus juristischen Gründen zurückziehen zu müssen. Geht kurz auf die Stadt Schwedt ein, die ihre überarbeitete Kitagebührensatzung noch einmal zurückziehen musste.

Herr Prof. Dr. König:

Bedankt sich für den Hinweis und stimmt zu, dass die Betriebskosten immer in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Sichert zu, dass die überarbeitete Variante der Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 5**).

Frau Schostan:

Spricht sich positiv für die Beschlussvorlage aus.

Frau Dr. Klavehn:

Meint, dass es Zeit wird, diese lange vorbereitete Diskussion zu beenden und der Vorlage zuzustimmen.

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage mit den Änderungen, die von Prof. Dr. König angesagt wurden, abstimmen. Diese Änderungen werden schriftlich der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS).

TOP 10.2

2. Nachtragshaushaltssatzung 2017 / 2018

BV/0738/2018

Herr Prof. Dr. König:

Führt an Hand einer Präsentation (**Anlage 6**) in den Nachtragshaushalt ein und erläutert, dass für den Anbau der Kita Spielhaus statt 1,5 Mio. € jetzt 2,3 Mio. € eingeplant werden müssen. Diese Ergänzung zum Nachtragshaushalt wurde bereits im gestrigen Bauausschuss vorgestellt und nunmehr liegt die Entscheidung darüber bei den Ausschussmitgliedern, ob dem Bau zugestimmt wird oder nicht. Erklärt dazu, dass eine Entscheidung gegen den Bau bedeuten würde, dass die Wartezeit auf einen Krippenplatz 2 – 3 Jahre betragen würde. Da jedoch die Plätze dringend benötigt werden, hat sich die Verwaltung dahingehend geeinigt, vorzuschlagen, den Auftrag anzunehmen. Damit soll auch den Eltern ein Zeichen gesetzt werden, dass die Stadt bemüht ist, die Anforderungen an Plätzen zu erfüllen. Dann müssten aber in dem Beschluss der Nachtragshaushaltssatzung folgende Änderungen vorgenommen werden:

- die Änderung der Verpflichtungsermächtigung gemäß 2. Nachtragshaushaltssatzung § 3 wird um 2,3 Mio. € (ersetzt die bisherigen 1,5 Mio. €) erweitert
- die Anlagen zur Haushaltssatzung (Haushaltsplan) werden analog geändert
- die Austauschseiten zur Nachtragshaushaltssatzung werden im Hauptausschuss entsprechend verteilt

Schlägt vor, die Beschlussvorlage wie im gestrigen Bauausschuss heute nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern im September in der Stadtverordnetenversammlung die Vergabe zu beschließen.

Herr Landmann:

Meint, dass noch nichts zur Vergabe der Fördermittel gesagt worden ist.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet darauf, dass diese Fördermittel dann natürlich weg sind und ob es in 2 – 3 Jahren noch Fördermittel dafür gibt, ist fraglich.

Herr Landmann:

Ergänzt, dass die Chance auf Fördermittel zum jetzigen Zeitpunkt da ist und er es begrüßen

würde, wenn heute darüber entschieden wird. In seiner Fraktion wurde bereits darüber diskutiert und Einigkeit erzielt, dass dem zugestimmt werden sollte.

Herr Zinn:

Hätte kein Problem damit, heute zuzustimmen, da seine Fraktion der Meinung ist, dass dringend Kitaplätze geschaffen werden müssen.

Herr Prof. Creutziger:

Fragt, ob es Risiken gibt, wenn man sich für die Vergabe zum jetzigen Zeitpunkt mit den 2,3 Mio entscheidet oder es z. B. noch mehr werden könnte.

Herr Wolff:

Merkt an, dass die Stadtverwaltung gestern zugesagt hat, die Leistungsbeschreibung online zu stellen und man sich informieren kann, wie die Ausführung des Gebäudes sein wird. Erläutert, dass das Risiko darin besteht, wenn das Gebäude nicht rechtzeitig fertig wird, dass die Stadt die Kosten in Höhe von 2,3 Mio. € alleine tragen muss. Die Aussicht auf Fördermittel ist daran gebunden, dass das Gebäude rechtzeitig fertig wird. Sagt weiter, dass Herr Dr. Mai gestern auch die Frage nach Vertragsstrafen gestellt hat. Es ist nicht so ohne weiteres machbar, das Risiko auf den Unternehmer abzuwälzen. Anders hingegen hat die Stadt nicht das Risiko von Kostensteigerungen, denn der Totalunternehmer hat zu gewährleisten, das Objekt zum vereinbarten Zeitpunkt und Finanzvolumen fertigzustellen, da er das Gesamtpaket so annimmt. Zur Frage nach der Abstimmung meint er, da eine Reihe von Änderungen getätigt werden müssen, geht die Meinung insgesamt dahin, einen Änderungsantrag zu stellen.

Herr Landmann:

Meint, dass die Frage von Herrn Prof. Creutziger daraufhin zielte, welche Mehrkosten noch zu erwarten sind, obwohl die Kosten in Höhe von 2,3 Mio. € bereits enorm sind.

Herr Wolff:

Fügt hinzu, dass die Ausschreibung gelaufen ist und nur zur Debatte steht, wenn der Bau nicht rechtzeitig fertig wird, hat die Stadt die Kosten in Höhe von 2,3 Mio. € alleine zu tragen.

Frau Schostan:

Vertritt die Meinung der Fraktion, dass eindeutig Kitaplätze geschaffen werden müssen.

Herr Prof. Creutziger:

Fragt, wenn sich der Totalunternehmer verpflichtet für 2,3 Mio. € zu bauen und sich gleichzeitig verpflichtet, die Frist einzuhalten, ob dann die Fördermittel verloren gehen würden, wenn die Frist dann doch nicht eingehalten wird.

Herr Prof. Dr. König:

Erklärt, dass der Unternehmer gleichzeitig einen Zeitplan vorgegeben hat und der ist kompati-

bel mit den Anforderungen des Fördermittelgebers.

Herr Landmann:

Richtet sich an Prof. Dr. König und meint, dass er insgesamt ein positives Votum mitnehmen kann und versteht es so, dass die Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen wird, aber in Kürze in veränderter Form zum Beschluss vorgelegt wird.

TOP 10.3

1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Bibliothek als Satzung der Stadt Eberswalde

BV/0724/2018

Herr Zinn:

Spricht sich positiv für die Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung aus.

Herr Stegemann:

Ist von dem erzieherischen Aspekt gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht so ganz überzeugt und fragt, ob die Möglichkeit besteht, das Mahnverfahren etwas früher zu eröffnen, um mehr Druck auszuüben.

Herr Prof. Dr. König:

Stimmt zu, dass es einen erzieherischen Effekt geben soll, aber bevor eine Mahnung heraus geht, kommt erst eine Erinnerung per Mail.

Frau Dr. Pischel:

Empfindet diese laxe Einstellung als nicht erzieherisch wertvoll und würde aus diesem Grund ablehnen.

Frau Schostan:

Möchte genaueres zur bisherigen Handhabung wissen.

Herr Prof. Dr. König:

Erläutert, dass ein Hinweis per Mail geschickt und der Mahnbescheid erst nach einer gewissen Karenzzeit erstellt wird und wenn dann keine Reaktion erfolgt, wird der Vollstrecker geschickt.

Herr Ortel:

Hält Pünktlichkeit für einen wichtigen Wert und würde deshalb die Vorlage ablehnen.

Frau Roeder:

Findet die Vorlage gut und ist froh, dass so viele Kinder und Jugendliche lesen und dies ein Anreiz ist, dass noch mehr Leser/innen dieser Altersgruppe in die Bibliothek kommen.

Herr Wolff:

Meint, zu hohe Gebühren verleiten eher dazu, dass die Kinder nicht offen gegenüber den Eltern sind. Findet, dass die Vorlage ein wichtiger Beitrag zur Familienfreundlichkeit der Stadt sei.

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Bibliothek als Satzung der Stadt Eberswalde.

TOP 10.4

Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende

BV/0737/2018

Herr Landmann:

Erinnert, dass zur bestehenden Vorlage noch ein Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion eingegangen ist.

Herr Prof. Dr. König:

Informiert, dass es bereits die Richtlinie über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende gibt und die CDU-Fraktion als Einreicher des Änderungsantrages vorschlägt, diese Richtlinie dahingehend zu erweitern, dass auch Auszubildende mit aufgenommen werden. Stimmt diesem Vorschlag im Großen und Ganzen zu, erinnert jedoch dass es nur um Auszubildende geht, die nach Eberswalde ziehen und hier ihre Ausbildung absolvieren.

Herr Ortel:

Begründet den Änderungsantrag damit, auch ein Stück Gerechtigkeit zu schaffen zwischen den Studierenden und Auszubildenden. Es geht auch darum, Auszubildende für Unternehmen dieser Stadt zu gewinnen und ein Signal zu setzen, junge Menschen für die Stadt zu überzeugen, ihren Wohnort hierher zu verlegen. Dies hat wiederum positive Effekte für die Entwicklung der Einwohnerzahlen und damit verbunden die Schlüsselzuweisungen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass sich diese jungen Menschen nach der Beendigung ihrer Ausbildung entscheiden, hier in Eberswalde zu bleiben.

Herr Schmiedel:

Stimmt den Ausführungen gerade in Anbetracht des Fachkräftemangels zu. Erinnert daran, dass die Nähe zu Berlin und die 30-Minuten-Taktverdichtung der Bahnverbindung Berlin - Eberswalde sowie der relativ günstige Wohnraum in Eberswalde auch einen Anreiz für viele Rückkehrer schaffen, die diese Region zuvor verlassen haben.

Herr Stegemann:

Bezieht sich auf den § 3 (1) letzter Satz, der lautet: „Das Begrüßungsgeld wird höchstens für die Dauer von 10 Semestern gewährt.“ Schlägt vor, zu ergänzen oder zu ersetzen: „Das Begrüßungsgeld wird für die Dauer der Regelstudienzeit nach Bafög gewährt.“

Herr Prof. Dr. König:

Gibt zu bedenken, dass auch das Urlaubssemester in der Studienzeit Berücksichtigung finden muss. Wird den Hinweis mit in die Verwaltung nehmen, damit Herr Segebarth sich mit dem Vorschlag für den Wirtschaftsausschuss und den Hauptausschuss auseinandersetzen kann.

Herr Schmiedel:

Sagt, dass es auch Studiengänge gibt, die nicht nach 10 Semestern abgeschlossen sind.

Herr Wolff:

Meint, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen würde, weil dadurch eine Gleichstellung erreicht wird. Gibt aber zu bedenken, dass die Richtlinie noch einmal entsprechend überarbeitet werden müsste. Würde keinen Unterschied machen, wie lange jemand studiert, aber in Bezug auf die Auszubildenden müsste die Richtlinie eher überarbeitet werden.

Herr Landmann:

Hat den Anfang der Ausführungen von Herrn Wolff nicht ganz verstanden und meint, dass ein Änderungsantrag vorgelegen hat.

Herr Prof. Dr. König:

Bestätigt, dass der Änderungsantrag vorgelegen hat und wenn der Ausschuss sich über den Inhalt einig ist, den Antrag aufzunehmen. Versteht Herrn Wolff so, dass er den genauen Wortlaut sehen möchte, wie das aufgenommen wird und da dies nicht vorliegt, kann darüber nicht abgestimmt werden.

Herr Wolff:

Erklärt den Sachverhalt so, dass der Änderungsantrag noch nicht mit dem entsprechenden Wortlaut vorliegt. Die Richtlinie ist nur auf Studenten ausgelegt und wenn Auszubildende mit aufgenommen werden würden, unterscheiden sich diese beiden Gruppen schon in den Zeitabläufen. Somit müsste beides überarbeitet werden oder es wird nur über den Grundlagenbeschluss abgestimmt und später noch gesondert über die überarbeitete Richtlinie.

Herr Landmann:

Schlägt vor, heute sowohl über den Änderungsantrag als auch über die grundlegende Beschlussvorlage abzustimmen und die Feinheiten sollten dann von der Verwaltung aus geregelt werden.

Fasst zusammen, dass zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt wird. Dabei wird zur Kenntnis genommen, dass die vorgetragenen Vorschläge zur Diskussion

noch nicht formuliert wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Es folgt die Abstimmung zur eigentlichen Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte „Richtlinie der Stadt Eberswalde über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Studierende“.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Richtlinie im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde bekanntzumachen.

TOP 10.5

**Abschluss eines Mietvertrages - Anmietung von Räumen für die Grundschule
Schwärzensee im Brandenburgischen Viertel**

BV/0727/2018

Herr Prof. Dr. König:

Informiert kurz über das Problem der fehlenden Kapazitäten bei den Klassenräumen im Brandenburgischen Viertel. Die Verwaltung hat mit der Sparkasse einen Mietvertrag ausgehandelt und diese stellt entsprechende Räume zur Verfügung.

Herr Zinn:

Erinnert, dass bereits im Jahr 2013 mit beiden Fachausschüssen über das Schulkonzept diskutiert wurde und würde der Beschlussvorlage auf jeden Fall zustimmen.

Frau Schostan:

Merkt an, dass die Clara-Zetkin-Siedlung noch freie Kapazitäten hat und fragt, ob die eventuell auch genutzt werden könnten.

Herr Prof. Dr. König

Sagt, dass bereits 8 Kinder nach Lichterfelde umgeleitet wurden.

Herr Prof. Creutziger:

Fragt nach Alternativen und bittet darum, die Perspektiven im Auge zu behalten.

Herr Prof. Dr. König:

Antwortet, dass dies für 5 Jahre erfolgt, aber die Entwicklung nur für 5 – 10 Jahre vorhersehbar ist. Demzufolge ist es der 1. Schritt und der 2. Schritt ist die Unterbringung der Hortkinder in der Havellandstraße 15.

Herr Landmann:

Begrüßt die Vorlage und ist froh, weil die Sparkasse ein verlässlicher Partner ist.

Lässt zur Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss ermächtigt die Verwaltung, den als Anlage beigefügten Mietvertrag zwischen der Sparkasse Barnim und der Stadt Eberswalde zur Anmietung von Räumen in der Sparkassenfiliale im Brandenburgischen Viertel für die Grundschule Schwärzesees nach Fertigstellung des 2. Flucht- und Rettungsweges aus dem 1. Obergeschoss abzuschließen.

TOP 10.6

Kulturförderung - Gedenkstein für das jüdische Ehepaar Landmann

BV/0735/2018

Herr Ortel beantragt das Rederecht für Herrn Appel als Einreicher.

Herr Landmann lässt zum Rederecht abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Appel:

Informiert über den Hintergrund dieses Antrages und berichtet über Kontakte zu noch lebenden Angehörigen. Möchte mit der Errichtung des Grabsteins für das Ehepaar Landmann ein Zeichen zur Erinnerung setzen. Sagt weiter, dass der Bauhof Hilfe bei den Rodungsarbeiten auf dem Friedhof zugesichert hat.

Herr Landmann:

Bedankt sich für den Beitrag und merkt an, dass das Thema jüdische Erinnerungskultur in den letzten Jahren eine immer stärkere Rolle gespielt hat.

Herr Wolff:

Dankt für die gute Präsentation im letzten Bauausschuss vor der Sommerpause, die auch der Niederschrift des Bauausschusses beigelegt wurde. Fragt, ob die 1.000 € Kulturförderung ausreichend sind, um den Stein zu setzen.

Herr Appel:

Meint, dass der Förderverein auf einem guten Weg ist und zeigt sich optimistisch, weil auch durch Spenden Geld zusammenkommt

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde einstimmig hergestellt

TOP 10.7

Förderung des Arbeitslosenservices Eberswalde

BV/0754/2018

Herr Prof. Dr. König:

Führt kurz in die Vorlage ein und bedauert, dass kein Vertreter vom Arbeitslosenservice anwesend ist, obwohl es eine Einladung gab.

Herr Landmann:

Bittet die Verwaltung beim Arbeitslosenservice durchzustellen, dass Frau Bunge nicht mehr im Amt ist, da der Antrag auf Förderung an sie gerichtet ist.

Es folgt eine sehr kritische Diskussion aus mehreren Fraktionen.

Herr Landmann:

Meint, wenn die Vorlage keine Zustimmung findet, hätte der Antragsteller die Möglichkeit noch einmal einen Antrag zu stellen.

Herr Prof. Dr. König:

Versteht die ablehnende Haltung der Ausschussmitglieder, weil es wichtig ist, dass der Antragsteller anwesend ist, damit auftretende Fragen gleich beantwortet werden können.

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP 10.8

Förderung zum Erhalt der Tafel Eberswalde

BV/0750/2018

Frau Dr. Pischel:

Findet es beschämend, dass solche Anträge gestellt werden müssen und meint, dass hier der Staat gefordert wäre zu helfen. Spricht die sozialen Missstände an und die Debatten im Bundestag, dass es Milliarden von Überschüssen gibt und fragt, wo das Geld bleibt.

Herr Zinn:

Meint, dass mal geplant war, im Brandenburgischen Viertel eine Tafel zu eröffnen und fragt, ob es noch aktuell ist.

Herr Landmann beantragt das Rederecht für Frau Wienke (Leiterin der Tafel und Suppenküche) und lässt dazu abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

Frau Wienke:

Erläutert, dass die Eröffnung eines zweiten Tafelladens im Brandenburgischen Viertel davon abhängig ist, wieviel Lebensmittel von den Märkten zur Verfügung gestellt werden. Zurzeit sind es 26 Geschäfte in Eberswalde und näherer Umgebung, die angefahren werden, aber die Lebensmittel sind gerade ausreichend für Eberswalde. Ein zweiter Laden würde auch ein logisti-

sches Problem bedeuten, da die Mitarbeiter alle ehrenamtlich tätig sind.

Herr Schmiedel:

Merkt an, dass wohl allen bewusst ist, welcher großen Einsatz die ehrenamtlichen Mitarbeiter dort leisten und die Tafel eine große Hilfe für Familien mit geringem Einkommen ist. Betont, dass der Ausschuss jedes Jahr mit solchen Anträgen konfrontiert wird. Richtet die Frage an Frau Wienke, wie viele Personen wöchentlich von der Tafel versorgt werden. Regt an, ob es in Bezug auf den Haushalt sinnvoller wäre, für die Tafel wie z. B. für das Frauenhaus eine institutionelle Förderung zu vergeben, weil der Verein auch laufende Kosten zu begleichen hat, um handlungsfähig zu bleiben. Würde auf jeden Fall zustimmen.

Frau Wienke:

Sagt, dass in diesem Jahr Kundenkarten eingeführt wurden. Pro Woche werden 521 Menschen, davon 180 Kinder dort versorgt. Die Menschen, die dorthin kommen, zahlen für die Lebensmittel einen kleinen Obolus, aber diese Einnahmen decken bei Weitem nicht die Ausgaben.

2017 waren es 28.000 €, die nur aus Spenden und Fördermitteln eingenommen wurden und den Ausgaben gegenüberstehen.

Frau Roeder:

Schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmiedel an und meint, dass es zukünftig immer mehr Menschen geben wird, die auf die Hilfe der Tafel angewiesen sind. Denkt auch an eine institutionelle Förderung.

Herr Neumann:

Meint, dass die Höhe der beantragten Mittel insgesamt sehr gering ist und dass den Ehrenamtlichen ein großes Dankeschön gebührt, welches auch durch die Kommune mehr gewürdigt werden müsste.

Frau Dr. Hoffmann:

Erwähnt, dass den Mitarbeitern der Suppenküche der Dr.-Ursula-Hoppe-Ehrenpreis verliehen wurde und dies eine sehr berührende Veranstaltung gewesen sei.

Herr Zinn:

Regt an, dass die Stadt und der Landkreis ein „Weihnachtsessen“ für die Bedürftigen in einer neutralen Einrichtung gemeinsam organisieren sollten, ohne, dass das Gefühl einer politischen Veranstaltung aufkommt.

Herr Landmann:

Nimmt den Hinweis mit dem Weihnachtsessen mit in die Fraktion und lässt zur Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde einstimmig hergestellt

TOP 10.9

Mitgliedschaft im Integrationsnetzwerk Barnim

BV/0751/2018

Herr Prof. Dr. König:

Informiert, dass Mitgliedschaften beschlossen werden müssen und es im letzten Jahr eine Änderung im Integrationsnetzwerk gegeben hat, dass nunmehr Mitgliedsbeiträge für die Koordinierung und die Moderation der Mitglieder und der Maßnahmen bezahlt werden müssen. Dies bedarf der Zustimmung.

Herr Zinn:

Empfiehl, dass der neue Referent für soziale Teilhabe und Integration sich in dieses Netzwerk einbringen sollte.

Herr Landmann:

Versteht nicht, warum man offiziell Mitglied werden muss, wenn alle freiwillig arbeiten und meint, dass Herr Konaretzki prädestiniert dazu wäre, solche Veranstaltungen zu moderieren.

Herr Schmiedel:

Erinnert, dass Eberswalde schon Mitglied im Integrationsnetzwerk ist und im Landkreis war es Frau Böttger. Jetzt ist es so, dass die Kommunen und auch der Landkreis dabei eine wichtige Rolle spielen sollen und auch als Mitglieder fungieren, die nicht nur kommunizieren sondern auch moderieren. Dabei geht es auch um Kosten für die Raummiete.

Frau Schostan:

Meint, dass sie nicht genau weiß, ob diese Mitgliedschaft so dringend notwendig ist, wenn auch der Zuschuss von 200 € nicht so hoch ist. Sagt weiter, dass solche Arbeitsgemeinschaften ja auch mit Leben gefüllt werden müssen und wenn die Mitarbeiter dort überall teilnehmen, entstehen immer wieder Kosten.

Herr Schmiedel:

Merkt an, dass er selbst im Landkreis tätig war und er bestätigen kann, dass der Austausch zwischen den einzelnen Bildungsträgern und Akteuren schon erfolgt ist. Sagt, dass dort bereits zu verschiedenen Themen Erfahrungen ausgetauscht wurden.

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt, dass die Stadt Eberswalde zum nächst möglichen Zeitpunkt Mitglied im Integrationsnetzwerk Barnim wird.

TOP 10.10

Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde

BV/0753/2018

Herr Landmann:

Erinnert daran, dass Einreicher der Beschlussvorlage sowohl die Fraktion Die SPD-Fraktion als auch die Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde sind.

Herr Zinn:

Blickt zurück auf die Historie der Ortsteile und Ortsbeiräte und sagt, dass sich die beiden einreichenden Fraktionen während der Sommerpause über die Neuordnung abgestimmt haben. Weist auf die §§ 45 - 47 der Kommunalverfassung hin, die eindeutig die Begriffe und die Bildung von Ortsbeiräten und Ortsvorstehern definieren. Betont, wenn die Ortsbeiräte und Ortsvorsteher nicht nur zu den Einwohnerversammlungen aktiv werden, sondern stets für die Bewohner der Ortsteile aktiv sind und sich für die Probleme einsetzen, sollte zugestimmt werden.

Herr Prof. Dr. König:

Sagt, dass über die Beschlussvorlage bereits in der Verwaltung diskutiert wurde und die Intention der Einreicher verständlich ist. Aber es muss auch klar sein, dass damit eine Verantwortung einhergeht. Erklärt weiter das Prozedere des Ortsbeirates und dass auch die Stadtverordneten Mitglied eines Ortsbeirates sein können. Jeder sollte sich im Klaren sein, welche Rolle die Ortsbeiräte spielen, wo die Kompetenzen sind und welche Regelungsbefugnisse dann noch die Stadtverordneten haben. Wichtig ist auch zu wissen, dass viele Prozesse länger dauern, z. B. Bauvorhaben. Deshalb hat die Verwaltung die Bildung einer Arbeitsgruppe angeboten, um herauszufinden, was dafür spricht und was dagegen. Weist auch darauf hin, dass viele Dokumente, wie Satzungen neu angepasst werden müssen.

Die Empfehlung der Verwaltung ist, eine 1. und eine 2. Lesung durchzuführen. Trägt die Bitte an die Stadtverordneten, die Verwaltung als Partner zu sehen und gemeinsam genau abzuwägen.

Herr Landmann:

Merkt an, dass die Einreicher genau wissen, welche Rechte die Ortsbeiräte haben, aber es geht in erster Linie darum, der wachsenden Bürgerbeteiligung Rechnung zu tragen.

Frau Dr. Pischel:

Findet die Erklärungen von Prof. Dr. König sehr sinnvoll, fragt aber, wo denn die Bürger sind, wenn von Bürgerbeteiligung die Rede ist. Meint, dass die Bürger politikverdrossen sind und gar kein Interesse mehr haben sich einzubringen.

Herr Ortel:

Meint, dass es darum geht, es in Zukunft besser zu machen und hält den von der Verwaltung angeregten Arbeitskreis für sehr wichtig, weil es nur gemeinsam mit der Verwaltung umgesetzt werden kann.

Herr Wolff:

Seine Fraktion steht dem Beschlussvorschlag offen gegenüber mit dem Ziel, wieder Ortsvorsteher zu bekommen. Dazu muss klar festgelegt werden, welche Rechte und Pflichten sie haben. Merkt an, dass die Anpassung der Hauptsatzung der erste Schritt wäre, dann müssten die Geschäftsordnung und noch einige Satzungen angepasst werden. Sieht aber noch Handlungs- oder Diskussionsbedarf bei der Zusammenstellung der Viertel. Spricht sich für eine 2. Lesung im November aus und appelliert an Frau Dr. Pischel, dass mit der Bildung von Ortsbeiräten den Bürgern erst einmal eine Tür geöffnet wird und sie mindestens die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen.

Herr Schmiedel:

Versteht die Aussage von Frau Dr. Pischel nicht, da sie mit den gleichen Argumenten stets das Kinder- und Jugendparlament verteidigt hat und schließt sich der Meinung von Herrn Wolff an.

Herrn Zinn:

Merkt an, dass die Einreicher mit dem Wahlleiter zusammen die Aufteilung der Ortsteile vorgenommen und zum besseren Verständnis die Karten als Anlage beigefügt haben. Meint, dass es immer Leute gibt, die etwas verändern wollen und sich einbringen.

Frau Dr. Pischel:

Wird zum Kinder- und Jugendparlament in der Stadtverordnetenversammlung argumentieren. Meint weiter, dass man die Vergangenheit nicht einfach vergessen kann.

Herr Stegemann:

Kann in einigen Punkten den Ausführungen von Frau Dr. Pischel folgen und meint, dass die Bürgerbeteiligung ein sehr schwieriges Feld ist, weil die Politik nicht mehr so funktioniert wie früher. Macht deutlich, dass es immer weniger Leute werden, die sich im Ehrenamt engagieren oder als Einwohner in die Sitzungen gehen.

Frau Schostan:

Schließt sich den Ausführungen von Herrn Stegemann an und macht deutlich, dass alle Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner aus irgendwelchen Ortsteilen kommen und die Nachbarn immer die Möglichkeit haben, sie bei Problemen direkt anzusprechen oder an öffentlichen Ausschüssen teilzunehmen. Meint, dass die Bürger informiert werden müssen, dass sie diese Möglichkeiten haben. Sieht nicht die Notwendigkeit, zusätzliche Gremien zu schaffen.

Herr Wolff:

Appelliert an die Ausschussmitglieder, dass sie gefordert haben, Ehrenamt zu stützen. Sagt, dass es früher keine Beiräte gab, da wurden die Ortsvorsteher direkt gewählt und es gibt immer Leute, die für den Ortsteil etwas tun können. Nennt als Beispiele die Ortsteile Finow und Westend, wo es bereits Bürger gibt, die sich für ihren Ortsteil engagieren. Es geht einfach darum, dass man die Möglichkeit hat, etwas anzuschieben. Bezweifelt, dass alle 36 Stadt-

verordneten so integriert sind, dass sie Ansprechpartner für ihren Ortsteil sind.

Herr Landmann:

Meint, dass zumindest erst einmal die Möglichkeit geschaffen und ausprobiert werden sollte, ob es funktioniert. Sagt, dass die Ortsbeiräte auch ein Mitwirkungsrecht bei Planverfahren oder Baumaßnahmen haben. Hingegen sind die bestehenden Ortsteilvereine mehr auf kultureller Ebene tätig. Bitte darum, noch einmal zu prüfen, welche Rechte und Pflichten die Ortsbeiräte haben. Spricht sich dagegen aus, zu verallgemeinern, dass die Menschen kein politisches Interesse mehr zeigen.

Herr Neumann:

Betont, dass die Ortsteile und Ortsbeiräte nicht alles leisten können und gerade im Brandenburgischen Viertel viel Arbeit von der S.T.E.R.N GmbH und besonders von den beiden Frauen im Quartiersmanagement geleistet wird.

Herr Zinn:

Entgegnet, dass das Quartiersmanagement und Stadtteilvereine nichts mit dem Ortsbeirat zu tun haben, weil sie gar nicht die Rechte besitzen.

Sagt zu Prof. Dr. König, dass die Stadtverordneten gewählt wurden als Kontrollorgan und lassen sich nicht von der Verwaltungsspitze sagen, was Ortsbeiräte machen dürfen.

Prof. Dr. König:

Versteht die Bedenken von Herrn Zinn und betont noch einmal, dass die Verwaltung das Angebot unterbreitet hat, mit den Stadtverordneten gemeinsam zusammen zu arbeiten, weil es sowohl die Arbeit der Stadtverordneten betrifft als auch die der Verwaltung. Betont, dass es nur eine Empfehlung war, diese Arbeitsgruppe einzurichten und dies heute als 1. Lesung zu betrachten, um dann im Oktober in die 2. Lesung zu gehen.

Herr Landmann:

Möchte wissen, ob das gestern so gesagt worden ist, denn er hat von der Arbeitsgruppe noch nie etwas gehört.

Herr Wolff:

Informiert, dass es das Angebot gab und dass der Einreicher eine 2. Lesung ansetzt.

Herr Landmann:

Fragt nach, ob sich die Stadtverordneten gestern nicht zu einer 2. Lesung verständigt haben.

Herr Wolff:

Sagt, dass dies ja der beratende Ausschuss sei und die Empfehlung aus dem Bauausschuss gegeben wurde, in die 2. Lesung zu gehen.

Herr Prof. Dr. König:

Konkretisiert, dass die Verwaltung nur das Angebot unterbreitet hat und es dabei um die Themen geht, über die unbedingt geredet werden sollte.

Herr Landmann:

Bittet darum, dass sich die Einreicher für eine Minute zur Verständigung zurückziehen dürfen.

Herr Landmann:

Sagt, dass sich die Einreicher jetzt dahingehend verständigt haben, eine weitere Lesung auf die Tagesordnung zu setzen und sich mit der Verwaltung dazu abzustimmen.

Es erfolgt keine Abstimmung.

Herr Landmann beendet den öffentlichen Teil um 22:17 Uhr und bittet darum, die Nicht-öffentlichkeit herzustellen.

Lutz Landmann
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Bildung, Kultur und Sport

Barbara Richnow
Schriftführerin

